



NEWSLETTER

der Düsseldorfer SPD-Landespolitiker Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden und Karl-Heinz Krens

Überfällig: Konsequent klare Kante gegen Steuerhinterziehung



Die rot-grüne Landesregierung geht nicht erst seit Bekanntwerden der sogenannten Panama Papiere Hinweisen wegen Steuerhinterziehung konsequent nach. Dazu gehören auch Offshore-Konstruktionen. Vielmehr ist die nordrhein-westfälische Steuerfahndung seit Jahren sehr gut aufgestellt und mittlerweile national und international für ihre vorbildliche Arbeit bekannt. Es gibt zehn Sonderfinanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung. Dort arbeiten hochspezialisierte Steuerfahnder eng zusammen mit anderen Behörden in NRW, in Deutschland und über die Staatsgrenzen hinaus. Seit der Aufdeckung aus Panama geht es uns einmal mehr darum, jetzt die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Nicht alles mag strafrechtlich relevant sein, aber moralisch verwerflich ist es dennoch. Zu Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch (20. April 2016)

hat die Landesregierung den Landtag über das Thema „Konsequenzen aus den sogenannten Panama Papers - Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit“ unterrichtet. In der anschließenden Debatte begründete der Düsseldorfer SPD-Finanzpolitiker Markus Herbert Weske den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen zum Thema „Rechtslücken schließen und Transparenz schaffen - notwendige Konsequenzen aus den Panama Papers ziehen“.

Drucksache 16/11706 (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Rede von Markus Herbert Weske (https://assets02.nrwspd.net/docs/doc_66013_2016420123324.pdf)

Überzeugend: Stahlstandort sichern in Nordrhein-Westfalen



Die Stahlindustrie in Deutschland ist für leistungsfähige Wertschöpfungsnetzwerke für viele andere Wirtschaftsbereiche von zentraler Bedeutung: unter anderem für die Automobilindustrie, die Windkraftwerkproduktion oder die Bauindustrie und somit für die Wirtschaftskraft insgesamt. In Nordrhein-Westfalen werden jährlich rund 16,5 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das sind 38 Prozent der gesamtdeutschen Produktion. In NRW sind rund 47.600 Menschen in der Stahlindustrie beschäftigt.

Die aktuellen Entwicklungen auf den europäischen Stahlmärkten setzen unsere Industrie jedoch stark unter Druck. Zum einen drücken weltweite Überkapazitäten - insbesondere durch die künstlich hoch gehaltene Produktion in China - die Preise für Stahlprodukte. Zum anderen muss die Stahlbranche auch ihren Beitrag

zum Klimaschutz leisten.

Vor diesem Hintergrund haben wir zusammen mit der Fraktion der Grünen am Mittwoch einen Antrag in das Plenum eingebracht, der sich mit der Sicherung der Stahlindustrie in NRW beschäftigt. Wir fordern darin, dass die neuen Bestimmungen zum Europäischen Emissionshandel einen Anreiz zu mehr Energieeffizienz und Modernisierung schaffen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden. Außerdem muss sich die EU gegen die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft durch die WTO stark machen, sollte sich herausstellen, dass China eine Dumpingstrategie verfolgt. Dann müssen entsprechende Strafzölle erhoben werden.

Drucksache [16/11707](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Überhört: Große Gewalt durch Genitalverstümmelung

Der 11. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung geht davon aus, dass weltweit mehr als 150 Millionen Frauen mit verstümmelten Genitalien leben. Mit steigender Tendenz werden Mädchen und junge Frauen Opfer dieser menschenverachtenden Praxis. Die Dunkelziffer ist noch weitaus höher. Menschenrechtsorganisation gehen zum Teil von einer Verdoppelung der Schätzungen aus. Nach Berechnungen von Terre des Femmes leben in Deutschland mindestens 60.000 Mädchen und Frauen, die aus sogenannten Prävalenzländern stammen, in denen diese Menschenrechtsverletzung noch immer praktiziert wird. Dennoch wird das Thema weiblicher Genitalverstümmelung in der deutschen Öffentlichkeit wenig thematisiert. Daher ist es umso wichtiger, es in das Bewusstsein zu rücken. Insbesondere Polizei und Justiz, pädagogisches Lehrpersonal sowie der Gesundheitssektor müssen darauf vorbereitet sein. Hier wollen wir anknüpfen. Mit unserer politischen Initiative, die wir am Mittwoch gemeinsam mit der Grünen-Fraktion in den Landtag eingebracht haben, wollen wir, dass Präventionsmaßnahmen entwickelt werden, um potenzielle Opfer zu unterstützen.

Drucksache [16/11705](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Überdenken: Pauken der Pauker für die Zukunft



Die Ausbildung der neuen Lehrerinnen und Lehrer soll zukunftsfähiger werden. Dafür legte die Landesregierung am Mittwoch einen neuen Gesetzentwurf im Landtag vor. Die letzte große Reform stand in der Lehramtsausbildung im Jahr 2009 an. Inzwischen ist sie aufgrund neuer Anforderungen und Herausforderungen im Schulalltag erneut reformbedürftig: Vor allem die schulische Inklusion und dadurch die Bildung von heterogenen Lerngruppen soll in das Ausbildungsgesetz aufgenommen werden. Auch die Medienbildung ist ein weiterer wichtiger Punkt. Mit den Änderungen machen wir außerdem noch einmal deutlich, dass sich das Gesetz an die Schülerinnen und Schüler sowie an die Eltern richtet und es daher an ihren Bedürfnissen ausgerichtet sein soll. Außerdem haben wir uns für die Ausweitungen der Härtefälle für Staatsexamensstudierende eingesetzt. Nun gilt auch als Härtefall jede Art der

Schwerbehinderung sowie pflegende Studierende.

Nordrhein-Westfalen stellt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf seine Lehrerausbildung weiter systematisch auf die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen an den Lehrerberuf ein. Entscheidend für uns ist, dass wir an der soliden fachlichen und pädagogischen Ausbildung für die Lehrkräfte aller Schulstufen und Schulformen festhalten: Die Lehrerausbildung folgt damit der Schulstruktur.

Drucksache [16/9887](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung), [16/11714](#) (Beschlussempfehlung)

Übermittelt: Anerkennung ausländischer Abschlüsse



Die rot-grüne Landesregierung will bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen den von der Europäischen Union vorgegebenen Richtlinien nachkommen. Die Umsetzung in Landesrecht ist vorgeschrieben und zwingend erforderlich. Insbesondere muss die Landesregierung dafür sorgen, dass es einheitliche Ansprechpartner in der Verwaltung für das Thema gibt und diverse Vereinfachungen bei Verfahrensfragen festschreiben. Da außer dem sogenannten Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz auch weitere fachgesetzliche Regelungen geändert werden müssen, hat die Landesregierung ein Artikelgesetz entwickelt, das weitreichende Umsetzungsanforderungen abdeckt. Der Gesetzentwurf wurde am Mittwoch vorgestellt.

Drucksache [16/10308](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung), [16/11716](#) (Beschlussempfehlung)

Übertragen: Solide und sozial sorgen für neuen Wohnraum



Mit dem Thema Wohnraumförderung befasste sich das Plenum am Donnerstag auf Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Grüne. Gegenstand der Debatte waren die finanziellen Grundlagen der mietpreisgebundenen Wohnraumförderung des Landes. Der große Erfolg unserer Förderpolitik für mehr und bezahlbaren Wohnraum in NRW erfordert die Neujustierung der finanziellen Grundlagen. So muss das Fördervolumen bei der NRW.Bank, die die Förderung für die Landesregierung abwickelt, von 800 Millionen Euro pro Jahr auf 1,1 Milliarden Euro angehoben werden. Zudem muss das vom Bund angekündigte Geld für die soziale Wohnraumförderung, das für die Tilgungszuschüsse verwendet wird, zügig kommen, wie versprochen und durch das Bundeskabinett bereits beschlossen. Wichtig ist dabei, dass das Geld

direkt an die Länder geht, um die effektive und sehr erfolgreiche Förderpolitik fortsetzen zu können.

Drucksache [16/11704](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Überragend: Potenziale per Pedale in NRW nutzbar machen



Insgesamt 186 Fragen rund um die Fahrradpolitik in NRW haben die Landtagsfraktionen von SPD und Grüne in einer "Großen Anfrage" an die Landesregierung gestellt. Am Donnerstag stellt die Landesregierung ihre umfassende Beantwortung vor. Auf 93 Seiten geht es dabei um Zahlen und Fakten zu Radwegbau, Abstellplätzen, E-Bikes, Verkehrssicherheit und vieles mehr.

Die Antwort macht den Stellenwert des Radverkehrs in NRW deutlich und zeigt auf, wie die rot-grüne Landesregierung die Fortentwicklung des Radverkehrs in vielfacher Weise fördert. Dazu gehört zum Beispiel der Bereich der Nahmobilität. Das heißt, es geht um den Radverkehr in den Städten und Gemeinden, an Landesstraßen und um die Radschnellwege, die mit dem Straßen

- und Wegegesetz des Landes den Landesstraßen gleichgestellt werden sollen.

Diese Radverkehrspolitik werden wir fortsetzen. Sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Räumen hat das Fahrrad großes Potenzial. Die jährlichen Zuwachsraten beim Radverkehr sind enorm.

Drucksache [16/10043](#) (Große Anfrage der Fraktionen von SPD und Grüne), [16/11412](#) (Antwort der Landesre-

Fotonachweiß

Steuerhinterziehung: Urheber: Schlierner - www.fotolia.com

Stahl: Urheber: industrieblick - www.fotolia.com

Lehrerausbildung: Urheber: WavebreakmediaMicro - www.fotolia.com

Ausländische Abschlüsse: Urheber: Marco2811 - www.fotolia.com

Wohnraum: Urheber: Gina Sanders - www.fotolia.com

Fahrrad: Urheber: Kara - www.fotolia.com

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krems

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 -0